

F-01 Formalia

Antragsteller*in: Bundesvorstand - Parteirat

Beschlussdatum: 29.03.2018

Geschäftsordnung des Parteirats

- 1 (1) Der Parteirat berät den Bundesvorstand, koordiniert die Arbeit zwischen den
2 Gremien der Bundespartei, den Fraktionen, Regierungsmitgliedern und den
3 Landesverbänden zwischen den Sitzungen des Länderrates und plant gemeinsame
4 politische Initiativen. Zur Ausführung seiner Aufgaben kann der Parteirat
5 Beschlüsse fassen.
- 6 (2) Der Parteirat wird vom Bundesvorstand unter Angabe der Tagesordnung in der
7 Regel fünf Tage vor der Sitzung einberufen. Anträge aus den Reihen des
8 Parteirates zur Aufnahme von Tagesordnungspunkten sind dem/der Politischen
9 Geschäftsführer*in spätestens sechs Tage vor der Sitzung mitzuteilen. In
10 Eilfällen kann diese Frist unterschritten werden. Zu einer außerordentlichen
11 Sitzung tritt der Parteirat zusammen, wenn ein Fünftel seiner Mitglieder oder
12 der Bundesvorstand dies verlangen.
- 13 (3) Die Parteivorsitzenden leiten im Regelfall die Sitzungen. Die
14 Parteiöffentlichkeit kann von den Sitzungen ausgeschlossen werden. Der Parteirat
15 kann Gäste einladen.
- 16 (4) Es gilt eine generelle Redezeitbegrenzung von drei Minuten. Antragsentwürfe
17 werden in der Regel 48 Stunden vor Sitzungsbeginn verschickt und
18 Änderungsvorschläge bis zu Sitzungsbeginn schriftlich eingereicht.
- 19 (5) Beschlüsse fasst der Parteirat mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen,
20 sofern nicht die Satzung des Bundesverbandes anderes vorschreibt. Er ist
21 beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.
- 22 (6) Die Beschlüsse des Parteirates werden protokolliert (Bundesgeschäftsstelle).
23 Das Protokoll gilt als genehmigt, wenn zwei Wochen nach Verschickung kein
24 Mitglied des Parteirates widersprochen hat.
- 25 (7) Der Parteirat kann Arbeitsgruppen einrichten. Sie sind mit einem bestimmten
26 Auftrag für einen bestimmten Zeitraum zu benennen.
- 27 (8) Im übrigen gilt die Geschäftsordnung der Bundesdelegiertenkonferenz
28 entsprechend.

Begründung

Lt. § 16 (4) der Bundessatzung bedarf die Geschäftsordnung des Parteirats der Bestätigung durch den Länderrat